

Landwirtschaft hat eine Sonderstellung.

Auf großem FuR

Debatte um Klimaschutzziele spaltet politisches Berlin

VON DR. JURGEN STRUCK

BERLIN. Im Klimakabinett suchen die Ressortchefs nach Lösungen, um die Emissionen von Treibhausgasen zu senken. Kritiker halten die Klimaschutzziele für Deutschland grundsätzlich für überzogen.

Wirtschaft und Verbraucher dürfen gespannt sein. Am 20. September 2019 tagt das „Klimakabinett“ erneut. Eckpunkte einer neuen Klimapolitik sollen anschließend bekannt gegeben werden. Beteiligt daran sind die zuständi-

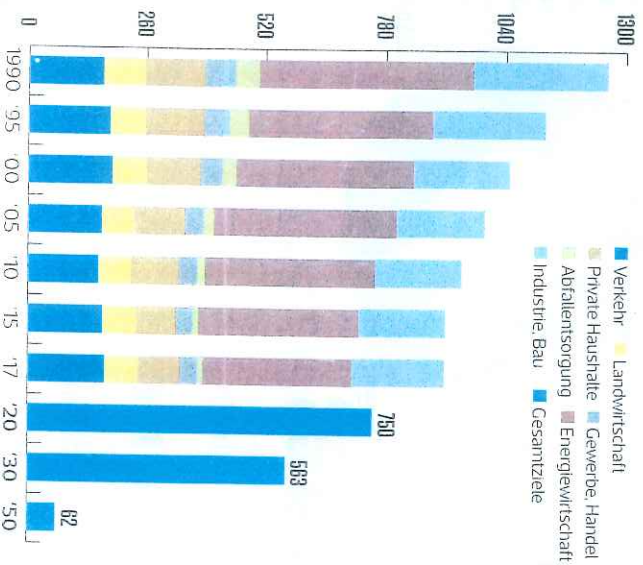
gen Fachministerien für Wirtschaft und Energie, Inneres, Bau und Heimat, Verkehr und digitale Infrastruktur, Ernährung und Landwirtschaft sowie das Umweltministerium. Den Vorsitz führt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Aufgrund des großen öffentlichen Drucks hat das Thema Klimaschutz in den vergangenen Wochen eine neue Dynamik erhalten, die Politik reagiert und kündigt „schnelle Schritte“ an. Die Kanzlerin selbst hatte im Zusammenhang mit dem Klimaschutzgesetz bereits im Juni 2019 „disruptive Veränderungen“ in Aussicht gestellt. Was darunter zu verstehen ist, bleibt zunächst offen. Ebenso die konkrete Ausgestaltung des bis zum Jahresende geplanten Klimaschutzgesetzes.

Kritiker von „überzogenen Klimaschutzzielen für Deutschland“ verweisen indes auf den geringen Anteil Deutschlands an den globalen Treibhausgasemissionen. Dieser belaufe sich nach vorliegenden Daten auf einen Anteil von 2,2 Prozent. Davon sei wiederum nur ein geringer Anteil vom Menschen verursacht. Sauer stößt den Kritikern zudem auf, dass die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgestiegen sind. Während andere große Emittenten wie China und Indien aufgrund ihres Status als Schwellenländer in den kommenden zehn Jahren „von allen CO₂-Vorgaben ausgenommen“ seien – sogar weiterhin, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, neue Kohlekraftwerke bauen dürfen.

Zwar stellen Befürworter der neuen Klimapolitik dies nicht in Abrede. Vielmehr hält auch der Sachverständigenrat eine globale Koordination zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für „unbedingte Voraussetzung für



Treibhausgasemissionen in Deutschland
Anteil der Quellsektoren und Gesamtziele bis 2050, in Megatonnen CO₂-Äquivalente



Als Steuerungselement für den Klimaschutz empfiehlt der Sachverständigenrat die Einführung eines Preises auf CO₂-Emissionen. Der Preis solle zwischen 25 und 50 € pro t CO₂-Äquivalent liegen. Mit einem Anteil von rund 7 Prozent an den gesamten Emissionen in Deutschland spielt die Landwirtschaft eine nur untergeordnete Rolle (siehe Grafik). Zwar wird dies derzeit noch von der Politik berücksichtigt. Sollten allerdings andere Sektoren ihre Ziele künftig erreichen, würde der Anteil der Landwirtschaft – relativ gemessen – zunehmen. Dies könnte zu einer Neubewertung führen, heißt es dazu in Fachkreisen. Zunächst kann die Landwirtschaft womöglich gelassen abwarten. Im Vergleich zu den anderen Sektoren habe das Bundeslandwirtschaftsministerium mit dem 10-Punkte-Plan zum Klimaschutz bereits gute Vorkarbeit